

Peter Schubert

## Der albanische Faktor nach dem Kosovo-Krieg

Reichlich zwei Jahre nach dem Stopp der heißen Phase des Kosovo-Krieges bleibt die Lage in der Balkanregion im und um den Kosovo äußerst gespannt. Die Beschneidung serbischer Machtansprüche allein führte nicht zu der erhofften Befriedung, zu kontrovers blieben die Positionen der Akteure. Der Westen hatte sich mit der UNO-Resolution 1244 der Illusion hingegeben, den Kosovo-Albanern unter dem Schirm des internationalen Protektorats Bedingungen für eine „substantielle Autonomie“ zu gewähren, die letztere nur als Zwischenetappe für ihr erklärtes Ziel einer Unabhängigkeit interpretierten, während die neue jugoslawisch-serbische Administration auf Rückgewinnung souveräner Rechte über Kosovo setzt. Die Entwaffnung des militärischen Flügels der Albaner – der UÇK – erfolgte nur halbherzig, und so waren bald Voraussetzungen für ein Wiederaufflammen von Kämpfen gegeben, die wie im Falle des südserbischen Preševo-Tals und Nordwestmakedoniens Metastasen eines grenzüberschreitenden Konfliktfeldes markierten. Die Folge ist eine weitere Destabilisierung und ein drohender fünfter Balkankrieg mit der Gefahr des Zerfalls Makedoniens. Inkonsequenzen des Westens – etwa bei der Abriegelung der Grenzen des Kosovo zu Makedonien durch die KFOR – haben die albanischen Extremisten ermuntert, auf eine Taktik vollendeter Tatsachen zu setzen, die die anderen Akteure in Zugzwang bringt.

### **Paradigmenwechsel: von der serbischen zur albanischen Gefahr?**

Mit den Zuspitzungen in Makedonien ist ein neuralgischer Punkt in der Konfliktlage auf dem Balkan in Erinnerung gebracht worden – die albanische Frage im ehemaligen Jugoslawien. Die Ergebnisse der NATO-Angriffe mit der Einführung eines Protektorats auf Zeit im Kosovo haben auch unter der neuen demokratischen Konstellation in Belgrad Lösungen für die albanische Forderung nach Unabhängigkeit nicht näher gebracht. Durch die Aktionen albanischer Extremisten im Kosovo, im Preševo-Tal oder in Nordwestmakedonien, gesteuert durch eine „Wander-Guerilla“ mit Ausbildungszentren und Nachschubbasen im unwegsamen Grenzraum, wurden vielmehr neue Ängste vor einer großalbanischen Gefahr geschürt. Die in die Medien lancierte Ankündigung von Aktionen einer „Albanischen Befreiungsarmee für die Çameria“ (UÇÇ), d.h. der albanischen Minderheit in Nordgriechenland, wurden albanischerseits zwar dementiert, lösten dennoch heftige Reaktionen in Athen aus.

Die internationalen Vermittler von EU, OSZE und NATO betreiben intensives Krisenmanagement in der Region, um neuerliche Ausweitungen des Konflikts zu vermeiden. Albanische Gewaltakte werden schroff zurückgewiesen, unangemessene militärische Schläge der makedonischen Streitkräfte auf vermeintliche Stellungen der UÇK milde getadelt. Die Verhandlungsdiplomatie geriet erneut in eine Sackgasse.

Das von den Albanerparteien mit der UÇK in Makedonien Mitte Mai d.J. ausgehandelte Vertragspapier mit Forderungen (Verfassungsänderung, Albanisch als zweite Amtssprache usw.) und Zugeständnissen (Entwaffnung der UÇK und freier Abzug) war von Skopje zunächst mit der Begründung strikt zurückgewiesen worden, dass man mit Terroristen nicht verhandeln darf. Auch die OSZE-Mission mit dem eigenmächtig als Vermittler agierenden Botschafter Robert Frowick war in die Kritik der makedonischen Öffentlichkeit geraten. Erst internationaler Druck auf die makedonische Administration ermöglichte die Fortdauer der Allparteien-Regierung in Skopje, indem das Papier fortan als „nicht existent“ qualifiziert wurde. Unabhängig von Formfehlern aus ungenügend koordinierter Politik war es aber vor allem der Inhalt, der fehlinterpretiert wurde. Der gemäßigte Albanerführer Arben Xhaferi (Albanische Demokratische Partei – PDSH) konstatierte in einem Interview für die Deutsche Welle, dass „der Frieden nicht zwischen mir, Herrn Ymeri (Albanische Prosperitätspartei – PPSH) und Herrn Trajkowski erzielt werden muss, da wir nicht kriegführende Parteien sind, sondern dass vielmehr Herr Ali Ahmeti (UÇK) der wichtige Partner für den Frieden ist“. Zweifellos müssen die Positionen und Potenzen der UÇK auch in Skopje reale Beurteilung finden. Nichts anderes als der Inhalt des „non paper“ ist Verhandlungsgegenstand der Allparteienregierung in Skopje.

Im Kosovo stehen für den November 2001 Wahlen unter UNMIK-Protectorat an, die mit den vorliegenden Verfassungsgrundsätzen eine vorläufige Selbstregierung ermöglichen sollen. Bisher kann jedoch von einem geregelten Zusammenleben zwischen Serben und Albanern nicht die Rede sein. Der Machtkampf zwischen den gemäßigten Pazifisten um die Demokratische Liga (LDK) von Ibrahim Rugova und den militanten Kräften der UÇK-Nachfolgeorganisationen, etwa der neugegründeten Demokratischen Partei von Hashim Thaçi, setzt sich fort. Konsens besteht lediglich in der Forderung nach schnellstmöglicher Unabhängigkeit, und eine Rückkehr zum Status quo ante (1989) muss tatsächlich ausgeschlossen werden. Je länger allerdings die Entscheidung über den künftigen Status hinausgezögert wird, desto größer wird der Zulauf der Extremisten.

Wer dreht an der Gewaltschraube und behindert den erforderlichen Dialog? Ist es vor allem die Furcht albanischer Nationalisten, durch das international rehabilitierte Belgrad der erhofften westlichen Unterstützung für die Unabhängigkeit des Kosovo endgültig verlustig zu gehen? Ist es der durch die Passivität von KFOR-Truppen an der Grenze des Kosovo zu Makedonien für die Guerilla entstandene Freiraum für den Transfer von Kämpfern und Waffen? Sind es die Machenschaften von *Agents provocateurs* unbestimmter Provenienz, die durch immer neue Szenari-

en Öl in das ohnehin lodernde Balkanfeuer gießen? Ist es Unvermögen oder gewollte Politik beider Seiten in Makedonien, direkte oder indirekte Gesprächsfäden wiederholt zu blockieren und dem militärischen Faktor Priorität zu verschaffen? Wird nicht durch massive militärische Schläge gegen vermutete UÇK-Stellungen, die die zivile Bevölkerung unmittelbar gefährden, das zukünftige Zusammenleben erst recht behindert und der UÇK Zulauf aus den bedrängten Orten zuteil? Offensichtlich begünstigen diese Faktoren in ihrer Gesamtheit die Eskalation der Gewalt. Was hat diese gebracht:

1. Der Verzicht auf friedliche Lösungen und zivilisatorische Funktionalität, verbunden mit trügerischen Hoffnungen in gewaltsame Aktionen von albanischen „Befreiungsarmeen“ (UÇ) unterschiedlicher regionaler Etikettierung, hat dem Anliegen der Albaner großen Schaden zugefügt. Die Friedensdividende aus dem Jahre 1999 (Aufnahme einer riesigen Zahl von Kosovo-Flüchtlingen in Albanien) ist aufgebraucht und hat dem düsteren Bild albanischer terroristischer Anschläge und mafioser Machenschaften im Kosovo und in Makedonien Platz gemacht. Aktionen der UÇK in Makedonien, „befreite Gebiete“ zu schaffen, sind mit dem verbalen Bekenntnis ihrer Führer, lediglich mehr Rechte in einem integralen makedonischen Staat zu erwirken, nicht vereinbar. Fortgesetzte albanische Anschläge haben eine Kriegspsychose erzeugt, die gleichermaßen auf Gewalt wie Vergeltung setzt und Makedonien an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht hat.

Das Bestreben, im Kosovo albanische Rechnungen zur Aufdeckung und Ahndung serbischer Verbrechen an albanischen Zivilisten durch Vergeltungsakte und Vertreibungen gegenüber der nichtalbanischen Bevölkerungsminderheit zu begleichen, schafft neues Unrecht. Doch dürfen Ursache und Wirkung von Politik, ob unter dem Regime von Milošević oder in der Verantwortung der NATO, nicht selektiv wahrgenommen und beurteilt werden.

2. Die Rebellion albanischer Extremisten bewirkt einerseits zunehmende Distanz des Westens, andererseits wird die Wiederbelebung antialbanischer slawo-orthodoxer Aversionen gefördert – von Belgrad über Skopje bis nach Athen. Das Zusammenrücken gegen die „albanischen Terroristen“ hat bereits vertragliche Formen angenommen (serbische Panzer für die makedonische Armee). Die Folgen für die Albaner: nachlassende Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft und neuerliche Isolierung in der Region.

3. In der jüngsten Zeit verschiedentlich gestartete Versuchsballons sind desorientierend:

– Der von der makedonischen Akademie der Wissenschaften und Künste vorgeschlagene Gebietsaustausch zwischen Makedonien und Albanien bzw. Makedonien und dem Kosovo ist ohne kriegerische Auseinandersetzungen nicht zu verwirklichen und würde in historisch ethnisch stark durchmischten Territorien neues Unrecht schaffen. Er würde im Übrigen die Bildung eines „Groß-Kosovo“ begünstigen. Sowohl von Seiten der makedonischen Administration als auch von den Albanern wurde dieser Vorstoß entschieden zurückgewiesen.

- Die Androhung albanischer Gewaltakte in Nordgriechenland deutet auf einen gezielten Versuchsballon hin, der die Ausweitung des Konfliktfeldes in unmittelbarer Konfrontation mit einem Mitgliedsland der NATO und EU zur Folge hätte. Es gibt bisher keine organisierte Willensbekundung der albanischen Çamen in Nordgriechenland, deren Zahl mit einer Million weit überhöht angegeben wird. Griechenland hat seit Jahren die Existenz von Minderheiten auf seinem Territorium geleugnet und würde jegliche Aktionen einer albanischen Guerilla massiv unterbinden. Vorhandene albanisch-griechische Differenzen in der Minderheitenfrage blieben bisher durch Zurückhaltung sowohl in Tirana als auch in Athen weitgehend eingegrenzt. Auch würden jüngste beiderseitige Vereinbarungen über die Ausstattung von mehr als 150.000 illegalen albanischen Wirtschaftsimmigranten mit griechischen Identitätskarten unterminiert.
- Die auf einem Treffen ehemaliger Staatsmänner des Balkan in Sofia unterbreiteten Anregungen des makedonischen Ex-Präsidenten Gligorow für eine Kantonalisierung Makedoniens nach Schweizer Vorbild sind eine Vision für die Zukunft ohne Relevanz für die augenblicklich zu entkrampfende Situation zwischen den Ethnien. Sie gehen überdies über die erwähnten Vorstellungen der albanischen Parteien in Makedonien hinaus, ethnische Probleme nicht über eine Aufspaltung des Landes zu lösen (obwohl gerade das in den makedonischen Medien wiederholt unterstellt wird).

### **Groß-Albanien: Vision und reale Bedingungen**

Der Wunschtraum der Albaner, als Volk vereint zu sein, ist nicht neu und hat seine Wurzeln in ethnisch-nationalen und politischen Ansprüchen. Mehr als um Mythen und Wahrnehmungen, die unter den Albanern nicht weniger als in benachbarten Balkanvölkern um historische Siege und Niederlagen auf dem Weg der Nation- und Staatswerdung kultiviert werden, handelt es sich um Visionen. Sie werden vornehmlich über emotionale, romantische Vorstellungen von der Korrektur eines zu Beginn des 20. Jahrhunderts von äußeren Mächten verursachten Unrechts artikuliert. Von einer einheitlichen, fundierten strategischen Konzeption für einen staatsrechtlichen Zusammenschluss aller kompakt von ethnischen Albanern bewohnten Territorien kann bisher nicht die Rede sein. Die Erweiterung Albaniens mit ca. 3,5 Millionen Einwohnern und 28.750 km<sup>2</sup> um die von Albanern besiedelten Gebiete rings um das Mutterland käme einer Verdoppelung an Bevölkerung und Territorium gleich. Sie wird von extremen Nationalisten propagiert und findet in Albanien kaum einen Befürworter.

### **Was begünstigt oder behindert großalbanische Ambitionen?**

1. Die emanzipatorische nationale Bewegung der Albaner entspringt der Sehnsucht, die in der Geschichte nicht erreichte Vereinigung der ethnischen Albaner im natio-

nalen wie auch im staatlich-politischen Sinne im Zuge einer Neuordnung auf dem Balkan nachzuvollziehen. Mit der im Kosovo 1999 entstandenen Lage verbindet der Großteil der Albaner die Vorstellung von einem über serbische Unterdrückung errungenen Sieg, der Weichen für den visionären Zusammenschluss stellt. Aber selbst eine Unabhängigkeit des Kosovo würde nicht nolens volens einen Zusammenschluss mit Albanien einschließen. Eher kann es zu einem „Groß-Kosovo“<sup>1</sup> kommen, der auf die Einverleibung der albanischen Siedlungsgebiete in Makedonien abzielt und sich nicht von Tirana bevormunden lassen möchte. Nicht auszuschließen wären auch Reibungen zwischen Tirana und Priština um den Rang der Kapitale.

2. In den Auseinandersetzungen um das zerfallende Jugoslawien in den 90er Jahren geriet die Forderung nach Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes durch Sezession der Kosovo-Albaner in Widerspruch zum international anerkannten Souveränitätsrecht der Titularnation. Die Albaner verweisen jedoch auf eine Reihe von Präzedenzfällen der jüngeren Geschichte und argumentieren, dass mit dem Entstehen neuer Nationalstaaten auf dem Balkan als drittem Zyklus von Staatsbildungen im zu Ende gehenden 20. Jahrhundert die kroatische, die slowenische, die makedonische und die serbische Frage ihren Abschluss gefunden hätten. Lediglich dem einzigen nichtslawischen Volk – den Albanern als drittgrößter Nationalität im ehemaligen Jugoslawien – sei ein solcher Weg verschlossen geblieben.<sup>2</sup>

3. Großalbanische Ansprüche sind ohne neue kriegerische Auseinandersetzungen nicht realisierbar. Durch sie würde die gegenwärtige instabile Ordnung der Region noch nachhaltiger erschüttert, der Fortbestand der Bundesrepublik Jugoslawien und der staatliche Zusammenhalt Makedoniens unmittelbar bedroht. Sie würden die benachbarten Balkanstaaten, darunter auch Griechenland als NATO-Mitglied, involvieren und zu einer europäischen Krise mit gravierenden Auswirkungen auf die Integrations- und Sicherheitspolitik von EU, OSZE und NATO führen. Deshalb ist die Europapolitik zu Recht auf Unveränderlichkeit bestehender Grenzen fixiert, solange sich nicht beide Partner einvernehmlich auf eine Korrektur einigen.

Wesentlich für das äußere Engagement bleibt eine kohärente Strategie der Konfliktverhütung, die nicht wie bisher auf Ad-hoc-Lösungen setzt, sondern präventive Konzeptionen entwickelt. Dabei ist der Erreichbarkeit der Akteure größeres Gewicht beizumessen. Das impliziert, sich nicht allein auf politische Machthaber zu konzentrieren, während andere gesellschaftliche Kräfte vernachlässigt werden. Einflussnahme von außen muss den gemäßigten und realistischen Kräften Auftrieb geben, damit sie sich dem Druck extremer Nationalisten widersetzen und Vertrauen in die eigene Kraft gewinnen. Das Wirken vor Ort setzt voraus, geschichtliche Ursachen, kulturelle Prägungen einschließlich unterschiedlicher Mentalitäten zu ergründen und

---

<sup>1</sup> Vgl. Marie-Janine Calic, Sicherheitsrisiken und Konfliktpotentiale in Südosteuropa, SWP Mai 2000, S. 48

<sup>2</sup> Vgl. Peter Schubert, Zündstoff im Konfliktfeld des Balkan: Die albanische Frage, Baden-Baden: Nomos, 1997, S. 15.

westliche Modelle und Werte nicht pauschal aufzupropfen. Es bedarf einer Entmythologisierung und Demokratisierung der Geschichte, um Vorurteile der Akteure abzubauen, die zum Teil kritiklos im Ausland übernommen wurden.

4. Fatalistisches Fixieren auf die Unvermeidlichkeit großalbanischer Lösungen trägt den tatsächlichen Gegebenheiten nicht Rechnung. Unabhängig von den international vorgegebenen Barrieren bestehen gegenwärtig albanischerseits keine Voraussetzungen für einen staatlichen Zusammenschluss als ethnische oder Groß-Albanien, das albanische Siedlungsräume über das heutige Albanien hinaus umfasst. Hier wirken historische, politische, sozioökonomische, kulturelle und nicht zuletzt mentale Unterschiede, die aus verspätetem *nation building*-Prozess und bisher nicht gelebter gemeinsamer Staatlichkeit resultieren. Die fortdauernde Zerstrittenheit der albanischen Politiker und Parteien und die Schwäche des Mutterlandes untergraben international gestütztes Vertrauen in demokratisch und völkerrechtlich akzeptable Lösungen. Ein politisch und wirtschaftlich desolates Groß-Albanien hätte wenig Überlebenschancen und wäre zugleich ein Bedrohungspotential für die Nachbarn. Derartige Einschnitte in die europäische Staatenarchitektur würden letztendlich den Albanern mehr Nachteile als Nutzen bringen. Nachholende nationale Emanzipation und Identitätsfindung wird vielmehr in einem Umfeld, das das Demos vor das Ethnos rückt, eher vorangehen, als durch Abkapselung und Fixierung auf Feindbilder.

5. Die Gleichsetzung von Groß-Albanien und albanischer Frage ist irreführend, da es bei letzterer um die Lösung durchaus unterschiedlicher Probleme geht. Sie splittet sich auf in das auf dem Weg gesellschaftlicher Umbrüche mühsam vorankommende Mutterland, das in die europäischen Strukturen drängt und das Stigma einer Drehscheibe für mafiose Machenschaften verlieren möchte, in eine sich der serbischen Umklammerung entziehende albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo und in die um rechtliche Gleichstellung ringenden Albaner in Makedonien mit einem Bevölkerungsanteil von 25-30%. Das Gemeinsame bündelt sich im Ringen um stärkere internationale Wahrnehmung als historisch benachteiligte ethnisch-nationale Gemeinschaft. In zugespitzter Form kommt es im gewaltsamen Widerstand extremistischer Kräfte zur Explosion.

Konfrontiert mit wiederholten Rückfragen aus dem Ausland, stellte der albanische Außenminister Paskal Milo in einer in Englisch verfassten Broschüre<sup>3</sup> fest, dass „die albanische Frage auf dem Balkan nicht die eines Großalbanien, sondern eine Frage aus vielen problematischen Teilen historischer und aktueller Herkunft ist, die einer Lösung harrt“. Seiner Auffassung nach ist der Begriff Großalbanien eine politisch geprägte Fiktion, die unter dem Vorzeichen einer drohenden Gefahr Lösungen verhindern und internationale Unterstützung für die Albaner blockieren soll. Verunsicherung entsteht jedoch durch Vorstöße aus den Reihen der albanischen Opposition, die vorrangig auf eine Diskreditierung der Regierungspolitik ausgerichtet sind. So schürte der ehemalige albanische Präsident und jetzige Vorsitzende der

<sup>3</sup> Paskal Milo, *Greater Albania between fiction and reality*, Tirana 2001.

oppositionellen Demokratischen Partei Albaniens (PDSH), Sali Berisha, unterschwellig panalbanische Tendenzen. Im Herbst 1999 hatte er auf einem Parteikongress für den Fall, dass Kosovo nicht in die Unabhängigkeit entlassen werde, die Bildung einer „Föderation der Albaner auf dem Balkan als Akt des Selbstschutzes ihres nationalen Daseins“ vorgeschlagen, um „ihr Überleben als freie Bürger des Westens und ohne Diskriminierung durch jene, die sie als Bürger zweiter Klasse betrachten“, zu sichern.<sup>4</sup> Um ihm kein Forum für populistische Massenauftritte zu geben, war sein mit großem propagandistischen Aufwand angekündigter Kosovo-Aufenthalt im Juni d.J. von der UNMIK mit Hinweis auf die gespannte Lage kurzfristig unterbunden worden.

Ein Fiasko erlitt der Versuch des im Exil lebenden Thronprätendenten Leka, Sohn des ehemaligen albanischen Königs Zogu, durch ein Referendum die Monarchie wiederzuerrichten. In dem dazu vorgelegten Programm war die „Vereinigung der Ethnie in einem Staat“ nach dem Prinzip „Eine Nation – ein Staat“ konzipiert. Leka, der seine Abstimmungsniederlage 1997 nicht akzeptieren wollte und in militärischer Montur provozierte, musste das Land wieder verlassen. Einem ethnischen Albanien unter der Monarchie fehlte auch die Unterstützung der Albaner aus dem Kosovo und aus Makedonien.

6. Während das offizielle Tirana eine Politik der Annäherung an die euro-atlantischen Strukturen und der Teilhabe an der europäischen Integration verfolgt, die keinen Raum für nationalistische Abenteuer lässt, ist die Öffentlichkeit wiederholt mit Äußerungen von Kosovo-Politikern konfrontiert, die die panalbanische Variante ins Spiel bringen. Solange diese Meinungen Gehör und Gefolgschaft finden, bleiben auch die Zukunftsvisionen der albanischen Realpolitik vage, die albanische Frage auf dem Wege der Teilhabe am Europa des freien Verkehrs von Gütern und Personen zu lösen, die bestehende Grenzen durchlässiger und panalbanische Träume gegenstandslos macht. Vorstellungen des albanischen Präsidenten Meidani von einer zukünftigen Unabhängigkeit des Kosovo und Montenegros als „zwei neue(n) Entitäten in Südosteuropa, die direkt in die EU integriert werden müssten, ohne unbedingt selbstständige Staaten zu sein“<sup>5</sup>, blieben unscharf und unterschiedlich ausdeutbar.

7. Zur Dimension der albanischen Frage gehört der überdurchschnittlich hohe Geburtenzuwachs der Albaner (2,3 Prozent im Kosovo, 2 Prozent im Mutterland). Er wird die demographische Konstellation in der Region in den nächsten Jahren wesentlich verändern, was dazu führen kann, dass der Einfluss der nichtalbanischen Bevölkerung in albanischen Ballungsräumen außerhalb des Mutterlandes (Kosovo, Makedonien) rapide abnimmt. Die Albaner könnten dann auf dem Balkan numerisch mit den Rumänen und Griechen als drittgrößte Volksgruppe konkurrieren, auch

<sup>4</sup> Sali Berisha, Rede auf dem 6. Nationalkongress der PDSH, in: Rilindja Demokratike, 1.10.1999, (alban.).

<sup>5</sup> Rexhep Meidani, Vortrag vor der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 14.6.1999; s. auch Süddeutsche Zeitung, 17.6.1999.

wenn sie auf mehrere Staatsgebiete aufgegliedert bleiben. Im Ergebnis überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit und innerer Migration aus zerrütteten Wirtschaftsstandorten tut sich für die Region überdies ein Gefahrenpotential in Gestalt fortschreitender sozialer Verelendung der Albaner dies- und jenseits der Grenzen des Mutterlandes auf, das durch die Geburtenexplosion noch verschärft wird.

### **Albanien: Basis und nationaler Hoffnungsträger für alle Albaner?**

Die Folgen von 80 Jahren separierten Lebensumfeldes des Mutterlandes lassen vielfältige Unterschiede zu den Albanern des Kosovo, Montenegros und Makedoniens erkennen. Während im jugoslawischen System der Selbstverwaltung im Inneren und der Politik der Nichtpaktgebundenheit nach außen die im Bestand der Jugoslawischen Föderation lebenden Albaner trotz aller Diskriminierung wesentliche individuelle Freiheiten genossen und partiell von einer relativ entwickelten Infrastruktur und ökonomischen Selbstständigkeit profitierten, bot Albanien nach dem Zusammenbruch der Diktatur ein Bild des Verfalls und einer auf Strukturen der Marktwirtschaft wenig vorbereiteten Bevölkerung. Seine wirtschaftlichen Probleme als ärmstes der europäischen Reformländer, daraus resultierende Reibungen sowie seine innenpolitische Instabilität beeinträchtigen die Einflussmöglichkeiten Albaniens bei der Lösung der strittigen Fragen in der Region.<sup>6</sup> Es konnte und kann nur bedingt eine integrierende Funktion für alle Albaner ausüben.

Außenpolitische Initiativen Tiranas zum Kosovo blieben ohne nachhaltige Wirkung.<sup>7</sup>

Allerdings gab die Zuspitzung der Kosovokrise Erwartungen in der nationalen Frage neuen Auftrieb. Es festigte sich der Anspruch auf die Lostrennung des Kosovo von Jugoslawien. Die Rolle Albaniens dabei blieb zwiespältig. Es ist Objekt und Subjekt des Geschehens zugleich und sieht seine nationalen geopolitischen und sicherheitspolitischen Interessen unmittelbar berührt. Im Interesse der Erlangung internationaler Unterstützung für die eigene komplizierte Reformpolitik orientierte sich Tirana bezüglich des Kosovo verstärkt auf Positionen der euroatlantischen Gemeinschaft. Bis in die zweite Hälfte der 90-er Jahre war die Kosovofrage für die neue politische Klasse eher lästig, weil sie den eigenen Weg nach Europa mehr stören als begünstigen konnte. In der Statusfrage hatte sich Tirana lange Zeit auf allgemeine Formulierungen von der Gewährung der durch internationale Normen gestützten Menschen- und Minderheitenrechte für die Kosovo-Albaner beschränkt.

<sup>6</sup> Vgl. Jens Reuter, Albaniens Außenpolitik: Balanceakt zwischen nationalen Sicherheitsinteressen und panalbanischen Träumen, in: Südosteuropa, 1-2/1995, S. 89-100.

<sup>7</sup> Siehe: Entschließungen der Vollversammlung der UN zur Einhaltung der Menschenrechte im Kosovo, u.a. in: Rilindja Demokratike, 16.12.1994 resp. 26.12.1995, und Zef Mazi, Rede vor der 65. Tagung des Hohen Rates der OSZE, in: Rilindja Demokratike, 22.4.1996 (alban.).

Diese sollten über die Rückkehr zu einem weitgehenden Autonomiestatus unter internationaler Kontrolle oder über die Gewährung der Selbstbestimmung, jedoch ohne Abspaltung von der Bundesrepublik Jugoslawien bzw. von Serbien, Verwirklichung finden. Neben dem eigenen eingeschränkten politischen Handlungsspielraum spielte zweifellos auch die Furcht vor künftigen Vormachtambitionen aus dem Kosovo eine Rolle, falls ein zweiter albanischer Staat zustande käme und dieser späterhin den Zusammenschluss mit Albanien anstreben könnte. Die offizielle Politik war deshalb bemüht, diese Frage „auszusitzen“, einerseits einen späteren Zusammenschluss nicht auszuschließen und dem Lauf der Ereignisse Rechnung zu tragen, andererseits aber die völkerrechtlichen Barrieren für Einschnitte in das bestehende Grenzregime und in die Souveränität benachbarter Staaten zu respektieren. So nimmt nicht wunder, dass die albanische Regierung zwar nach dem Kosovo-Krieg zur Formel von der nunmehr unabdingbaren Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien fand, ohne jedoch die eigenen Vorstellungen weiter zu konkretisieren.

### *Engagement in der Kosovokrise*

Die albanische Administration hält sich zugute, konstruktiven Einfluss auf die kosovo-albanische Delegation in Rambouillet im Sinne einer gemeinsamen Position zur Akzeptanz des dort vorgelegten Dokumentes genommen zu haben. Bemühungen, späterhin in Tirana eine Zusammenkunft der zerstrittenen Kosovo-Politiker anzubereiten und auf die Bildung eines „Rates für nationale Sicherheit“ im Kosovo hinzuwirken, der die Funktionen eines Interimsparlaments wahrnehmen sollte, blieben ohne Erfolg. Ibrahim Rugova, der sich für den legitim gewählten Präsidenten der Kosovo-Albaner hielt, war nicht nach Tirana gekommen und weigerte sich, mit Hashim Thaçi, dem damaligen Führer der Befreiungsarmee Kosovos (UÇK) und Chef der selbsternannten „Übergangsregierung“ des Kosovo, zusammenzuarbeiten. Querschüsse erfolgten seitens des Vorsitzenden der Demokratischen Partei (PDSH) Sali Berisha, der für sein politisches Comeback die albanische Regierungspolitik konterkariert und von einer „proserbischen und progriechischen Lobby in Tirana“ spricht, die die politischen und militärischen Kräfte im Kosovo spalte.<sup>8</sup> Das steht im Widerspruch zu der der UÇK von Albanien aus gewährten Unterstützung seitens der von der Sozialistischen Partei (PSSH) dominierten Regierung. Die Lager der albanischen Parteien waren und sind somit auch in Bezug auf den Kosovo gespalten.

Einmütigkeit unter den albanischen Politikern bestand hinsichtlich des Einsatzes militärischer Mittel gegen Jugoslawien einschließlich der Entsendung von Bodentruppen. Das Parlament hatte Ende März 1999 der NATO die Flughäfen, Seewege und Straßen für Logistik und Nachschub nach dem Kosovo zur Verfügung gestellt. Eine der Folgen war der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Belgrad

<sup>8</sup> Sali Berisha, Interview für 'Bota sot' 15.5.1999, (alban.).

(sie wurden erst nach dem Sturz Miloševićs wiederhergestellt). Die albanische Regierung erhoffte sich unmittelbare westliche Hilfeleistungen bei der Bewältigung der Flüchtlingsprobleme, der Sicherung des Grenzraumes zum Kosovo und bei der Rekonstruktion der Infrastruktur. Nicht zuletzt versprach sie sich Vorzugsbedingungen für die zukünftige Aufnahme in die NATO und drängte danach, wichtigster Partner der USA in Südosteuropa zu werden. Dafür sprechen die militärische Präsenz und der amerikanische Einfluss auf die aktuelle Politikgestaltung Albanien. Skepsis klang allerdings an, als nach Einstellung der NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien den Vereinten Nationen die übergeordnete Verantwortung für eine Friedensregelung übertragen wurde. Albanien hatte sich für ein reines NATO-Protectorat im Kosovo ausgesprochen und russische Beteiligung aus Furcht vor einer Unterstützung serbischer Teilungspläne abgelehnt. Außerdem wurde dies mit der Behauptung gestützt, dass sich russische Militärs an Kriegsverbrechen im Kosovo beteiligt hätten.<sup>9</sup>

Die albanische Regierung nahm die Übereinkunft der KFOR mit der UÇK über deren Demilitarisierung zum Anlass, ihrerseits ultimativ die in Albanien dislozierten „Bewaffneten Kräfte der Republik Kosova“ (FARK) aufzufordern, die Waffen niederzulegen und Albanien unverzüglich zu verlassen. Bereits in der Vergangenheit war es mit diesen vom bisherigen Kosovo-Schattenkabinett unter Bujar Bukoshi finanzierten Kräften zu Reibungen gekommen. Ihnen war vorgeworfen worden, in den von Führern der PDSH angezettelten Staatsstreichversuch zum Sturz der sozialistisch dominierten Regierung im September 1998 in Tirana verstrickt gewesen zu sein.<sup>10</sup> Gemäß den internationalen Auflagen ging es aber vor allem um die Auflösung der in Albanien installierten Ausbildungslager und Stützpunkte der UÇK. Sie hatten den Guerillakämpfern für bewaffnete Aktionen nach dem Kosovo gedient und waren von Tirana aus nicht unter Kontrolle. Erst mit zunehmenden Kampfhandlungen im Grenzgebiet und intensivierten Kontakten Hashim Thaçis mit der albanischen Regierung hatte die UÇK direkte Unterstützung durch die albanische Armee erhalten, worüber im Nachhinein Authentisches publik wurde.<sup>11</sup> Das nach Abzug der Serben aus dem Kosovo entstandene Vakuum im Grenzbereich erleichterte es paramilitärischen Kräften und Waffenschmugglern, aus einem schwer zugänglichem Gebiet grenzüberschreitende Aktionen fortzusetzen und auf diese Weise die Festlegungen über das internationale Protectorat zu unterlaufen.

Angesichts der Tatsache, dass Albanien neben Makedonien als Anrainerstaat die größten Lasten aus dem Konflikt zu tragen hatte und dass es gegenüber den ethnischen Brüdern in Kosovo nicht indifferent bleiben wollte, bewarb es sich um Mit-

<sup>9</sup> Rexhep Meidani, Interview für: Süddeutsche Zeitung, 17.6.1999.

<sup>10</sup> Andi Betja, Alte Risse, in: Java Shqiptare, 23.5.1999 (alban.).

<sup>11</sup> Blendi Fevzliu, in: Koha Ditore, 16.7.1999: „Im September (1998) waren Korridore entstanden, durch die die UÇK-Soldaten tief in den Kosovo eindringen ... Natürlich war es nicht schwer zu erkennen, dass die Bewaffnung der UÇK und deren Bewegungen mit vollem Wissen der albanischen Regierung erfolgten.“ (alban.).

sprache, Konsultation und Teilnahme an den Verhandlungen mit Belgrad. Realer Betrachtung entgeht jedoch nicht, dass der Schlüssel für die Lösung der Kosovo-Problematik auf Grund der politischen, ökonomischen und militärischen Schwäche und Instabilität des Landes nicht in Tirana liegen konnte. Die erzielten Übereinkünfte zur Friedensregelung erfolgten ohne unmittelbares Zutun der albanischen Diplomatie und offenbarten überdies den geringen Einfluss auf die im Kosovo agierenden Kräfte. Auch gilt in Rechnung zu stellen, dass die UNO und die EU im Interesse der Erhaltung ihres Verhandlungsspielraumes nicht demonstrativ im albanischen Mutterland verhandeln wollten. Schauplatz des Geschehens war neben den europäischen Verhandlungsorten und New York die makedonische Hauptstadt, selbst auch für das medienwirksame Treffen Clintons mit Politikern der Region. Nichtsdestoweniger sieht sich Albanien auf der Seite der Sieger. Außenminister Paskal Milo konstatierte, dass die Albaner noch nie in ihrer Geschichte eine so große internationale Solidarität erfahren hätten und dass die albanische Frage damit unwiderruflich auf den Weg der Lösung gebracht worden sei.<sup>12</sup>

Die Vertreibung von über 700.000 Kosovo-Albanern, darunter der größte Teil (im Juni 1999 waren es 479 223 Flüchtlinge) nach Albanien, hatte eine geradezu biblische Dimension. Durch die Eskalation im Kosovo im Frühjahr 1999 kamen an manchen Tagen mehr als 10.000 Albaner über die Grenze. Innerhalb von fünf Wochen hatte die Bevölkerungszahl des Landes (3,4 Mio.) praktisch um 15 Prozent zugenommen. Auf diesen Ansturm waren weder die albanischen Organe noch die internationalen Hilfsorganisationen vorbereitet, und es entstand eine äußerst schwierige Situation. Es mangelte an Nahrungsmitteln, Medikamenten und Unterkünften. Die hygienischen Bedingungen – unzureichende Versorgung mit Trinkwasser – erhöhten die Seuchengefahr. Der Einsatz des UNHCR und humanitärer Hilfsorganisationen („Cap Anamur“ und „Ärzte ohne Grenzen“ bzw. kirchliche Einrichtungen und private Initiativen) war zunächst durch bürokratische Barrieren der albanischen Organe und mangelnde Abstimmung mit dem zur humanitären Hilfe umfunktionierten NATO-Kontingent erschwert. Aber gerade letzteres war am ehesten in der Lage, mit eigener Logistik gut funktionierende Zeltlager zu errichten. Problematisch blieb die Umverteilung von Flüchtlingen aus der durch Kampfhandlungen gefährdeten Grenzregion in andere Gebiete des Landes, zum einen, weil sich die Kosovo-Albaner nicht so weit von ihrer nahen Heimat entfernen wollten, und zum anderen, weil aus einer Unterbringung in dem mit einer starken griechischen Minderheit durchsetzten Süden neue Reibungen befürchtet wurden. Ein weiteres Störelement resultierte aus Eingriffen der in Nordalbanien agierenden UÇK-Einheiten, die aus den Flüchtlingstrecken neue Kämpfer rekrutierten und dabei auch vor Zwangsmaßnahmen nicht zurückschreckten bzw. sich Verweigerung hoch bezahlen ließen und bemüht waren, Verfügung über ausländische Hilfssendungen zu erlangen.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Paskal Milo, Interview für: Zëri i Kosovës, 8.6.1999 (alban.).

<sup>13</sup> N. Mappes-Niedeck, Vibrierende Landschaft, Freitag, 23.4.1999.

Im Unterschied zu Makedonien und Montenegro, die zusammen weniger als die Hälfte an Flüchtlingen aufgenommen hatten, gab es in Albanien – sowohl seitens der staatlichen Institutionen als auch in der Bevölkerung – keine Aufnahmeverweigerung. Die Albaner bewährten sich in diesen Monaten sowohl aus nationalem wie auch humanitärem Gespür als eine Solidargemeinschaft. Über 60 Prozent der Flüchtlinge hatten in albanischen Familien Aufnahme gefunden und waren von diesen versorgt worden.<sup>14</sup> Der populäre Schriftsteller Dritëro Agolli merkte dazu an, „dass die Albaner, die sich infolge der Defekte der letzten Jahre selbst aufgegeben hatten, jetzt unerwartet zusammenrückten und dass die solidarische Hilfe insbesondere aus den ärmeren Schichten, aber auch von Geschäftsleuten und Intellektuellen, erfolgte“.<sup>15</sup> Dieser positive, auch international gewürdigte Umstand wurde durch Negativfaktoren geschmälert. Skrupellose Geschäftemacher gaben sich gegenüber ausländischen Helfern als Mitarbeiter humanitärer Organisationen aus und vereinnahmten Hilfsgüter, um sie dann zu überhöhten Preisen weiter zu veräußern. Vereinzelt wurde aus den in Auflösung befindlichen Flüchtlingslagern in Ermangelung der Ordnungsfürsorge örtlicher Verwaltung das Inventar entwendet und ein Feld der Verwüstung hinterlassen. Es gab Fälle von Plünderungen durch albanische Transporteure, die Flüchtlinge nach dem Kosovo gebracht haben. Die nach beiden Seiten hin nicht gesicherte Grenze hatte ein neues Kriminalitätsfeld erschlossen.

Über die akute Krisenphase 1999 hinaus war und ist es Ziel des albanischen Mutterlandes, die Funktion eines Sachwalters für die Interessen der Kosovo-Albaner wahrzunehmen und damit den eigenen Stellenwert in der Region aufzuwerten.

### *Ringens um Stabilität*

Albaniens Rolle als Rückhalt und Hoffnungsträger der Albaner im Kosovo, in Makedonien und in anderen angrenzenden Ländern hängt jedoch in erster Linie mit seiner inneren Stabilität zusammen. Die demokratische Transformation erschließt letztlich Wege für Lösungen, die nicht allein ethnisch-nationale, sondern auch politische, ökonomische, soziale und geistig-kulturelle Elemente für den Austausch und das Zusammenleben in der Region erfassen.

Die seit der Regierungsübernahme durch die Koalition der linken Mitte im Sommer 1997 umgesetzte Innenpolitik bewirkte eine vorsichtige Stabilisierung, und die öffentliche Ordnung ist weitgehend wiederhergestellt. Dennoch wirken die zerstörerischen Folgen aus der Staatskrise vom Frühjahr 1996 im Zusammenhang mit den betrügerischen Pyramidengeschäften<sup>16</sup> und dem Staatsstreichversuch vom Herbst

<sup>14</sup> Rexhep Meidani, Vortrag vor der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 14.6.1999.

<sup>15</sup> Dritëro Agolli, Interview für: Shekulli, 10.05.1999 (alban.).

<sup>16</sup> Stephan Lipsius, Albanien – Dauerkrise oder Neubeginn, in: Südosteuropa Mitteilungen 4/1997, S. 247.

1998<sup>17</sup> nach. Albanien zählt weiterhin zu den Ländern mit einer hohen Kriminalitätsrate. Ein Großteil der während der Unruhen 1996 aus den Militärdepots entwendeten mehr als 500.000 Waffen ist noch in unrechtmäßigen Händen – sei es für kriminelle Aktionen und Selbstjustiz bzw. zur Selbstverteidigung gegenüber marodierenden Banden. Mit Verabschiedung der neuen albanischen Verfassung im Herbst 1998 ist zwar ein rechtsstaatlicher Rahmen abgesteckt, der für die innere Stabilisierung unerlässlich ist. Die so fixierten Grundnormen wurden aber damit nicht zum Allgemeinut des Handelns in Politik und Gesellschaft. Die Folgen mangelnder Demokratie und fehlender Traditionen einer Bürgergesellschaft, die die Rechte und Pflichten des Einzelnen zur Maxime des Handelns macht, wirken noch stark aus der Vergangenheit nach. Die starke Personifizierung der Politik bewirkt, dass Mentalitäten autoritärer Herrschaftspraktiken und Clandanken fortleben. Nicht unberücksichtigt darf bleiben, dass den auf die politische Bühne gelangten gesellschaftlichen Kräften eine stabile soziale Basis bisher gefehlt hat. Somit ist deren Engagement vorrangig auf die Absicherung des eigenen Standards, auf den Erhalt der eingenommenen Position fixiert und wirkt wenig motivierend für Veränderungen.

Wesentliches Hemmnis für den Demokratisierungsprozess in der Gesellschaft ist die scharfe Konfrontation zwischen der Sozialistischen Partei (PSSH) und der Demokratischen Partei (PDSH), die sich auch in der Haltung zur nationalen Frage widerspiegelt und dazu beiträgt, dass bisher keine einheitliche Strategie zustande kam. Die persönlichen Rivalitäten zwischen den Spitzenpolitikern Fatos Nano (PSSH) und Sali Berisha (PDSH), die auf den Kongressen beider Parteien im September/Oktober 1999 erneut die Führung errungen haben, nahmen geradezu pathologische Formen an. Die PDSH hatte 1992–1996 in Regierungsverantwortung gestanden, der nachfolgenden Koalitionsregierung jedoch wegen unterstellter Wahlmanipulation die Mitarbeit im Parlament versagt. Erst am 18. Juli 1999 hob die Führung der PDSH – nicht ohne Druck aus den eigenen Reihen – den maßgeblich von Sali Berisha verfüigten Boykott auf. Sie motivierte diesen Schritt mit der im Kosovo entstandenen neuen Lage.<sup>18</sup> Ihre Rückkehr in das albanische Parlament war, unabhängig von politischen Kalkülen, ein wichtiger Schritt zur Normalität im politischen Leben des Landes und zur Fortsetzung des Reformkurses.

Mit der Regierung unter Pandeli Majko von Ende September 1998 bis Oktober 1999 und danach unter Ilir Meta ist eine jüngere Generation in die Verantwortung gelangt, deren politisches Handeln nicht mehr von der Denkweise der Hoxha-Diktatur beeinflusst ist. Sie setzte Prämissen für einen politischen Neuanfang und überstand die Belastungen aus den Kosovo-Ereignissen trotz des Boykotts der Opposition sowie konzeptioneller und personeller Reibungen innerhalb der Partei der regie-

---

<sup>17</sup> Michael Schmidt-Neke, Regierungswechsel in Albanien: die Rückkehr der Krise, in: Südosteuropa 10-11/1998, S. 516f.

<sup>18</sup> Genc Pollo, Rede auf Sonderparteitag der PDSH, in: Rilindja, 19.7.1999 (alban.).

renden Sozialisten.<sup>19</sup> Mit den Parlamentswahlen vom Juni 2001 erhielt sie ein klares Votum für die Fortsetzung des Stabilisierungskurses.

In einer Phase gradueller Normalisierung des wirtschaftlichen Lebens nach der sogenannten Pyramidenkrise<sup>20</sup> hatte Albanien durch den Kosovo-Konflikt zweifellos die größten wirtschaftlichen und sozialen Verluste erlitten. Die Regierung sah sich gezwungen, einen wesentlichen Teil des Budgets (630 Mio. Dollar) für die Unterbringung der Kosovo-Flüchtlinge einzusetzen und zusätzliche Mittel aus der Staatsreserve bereitzustellen. Insgesamt betragen diese Belastungen etwa 48 Prozent des BIP und das Vierfache der Staatseinnahmen.<sup>21</sup> Preiserhöhungen infolge sinkender Importe und ausfallender Exporterlöse und zunehmende Spekulationen auf dem Schwarzmarkt verringerten die Kaufkraft. Während die makroökonomischen Parameter (Rückgang der Inflation auf durchschnittlich 1,5 Prozent) im wesentlichen konstant blieben<sup>22</sup>, nahm die soziale Belastung (Preiswucher) zu. Mit einem durchschnittlichen Monatslohn von knapp 50 Dollar nimmt Albanien im internationalen Maßstab einen der hintersten Plätze ein. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 40 Prozent. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass auf drei Arbeitslose ein Nichtregistrierter entfällt. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt gegenwärtig bei etwa 830 US-Dollar.<sup>23</sup>

Ein für das wirtschaftliche Leben, insbesondere den Geldmarkt, begünstigender Faktor war die Stationierung der NATO-Truppen und die Anwesenheit internationaler Hilfsorganisationen, die den albanischen Arbeitskräften neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor eröffneten. Nicht zuletzt profitierten die Bürger auch von Geldmitteln der Flüchtlinge und finanziellen Transferleistungen ihrer Verwandten im Ausland. Diese Fakten waren aber überwiegend von temporärer Wirkung. Die verschlissene materiell-technische Substanz ineffektiver ehemaliger Staatsbetriebe, deren Privatisierung deshalb nur schleppend vorankommt, sowie fehlende Investmittel verhindern eine durchgreifende Gesundung der Wirtschaft. Es ist bisher nicht gelungen, frühere Kernbereiche der albanischen Wirtschaft, etwa die Chromerz- und Kupfergewinnung und -verarbeitung, zu reaktivieren. Mit ausländischen Konsortien seit Jahren durchgeführte Probebohrungen für Gas und Erdöl im Schelfgebiet haben noch keine schlüssigen Ergebnisse gebracht.

### *Identitätssuche und Nationalbewusstsein*

Identität hat einen historischen und aktuellen Bezug. Aus einer langwährenden und nie überwundenen Psychose der nationalen Bedrohung von außen und der verhinderten Herausbildung eines einheitlichen albanischen Nationalstaates resultieren

<sup>19</sup> S. auch ICG, Albania: State of the nation, 1.3.2000, ICG Balkans Report Nr. 87, Brüssel.

<sup>20</sup> Kurt Gostentschnigg, Die Pyramiden-Affäre Albaniens, in: Südosteuropa 3-4/1998, S. 117f.

<sup>21</sup> Sabine Riedel, Die Destabilisierung Südosteuropas, in: Südosteuropa 5-6/1998, S. 279f.

<sup>22</sup> Zef Preçi, Interview für: Ekonomia, 9.7.1999 (alban.).

<sup>23</sup> Bericht der Kommission der EU, Brüssel 24.11.1999.

Identitätsprobleme, die es den Albanern schwer machen, ihren Platz in der internationalen Gemeinschaft zu bestimmen und auszufüllen. Hinzu kommen unter aktuellen Gegebenheiten die große Rückständigkeit und Demokratiedefizite. In gewisser Hinsicht leiden die Albaner unter dem Komplex ständiger Bedrohung und Benachteiligung. Ihr Nationalstolz ist verletzt. Der Weg der Selbstfindung auf politisch, ökonomisch, sozial und mental unbefestigtem Terrain gestaltet sich überaus kompliziert. Bei den einen fördert das Illusionen und trügerische Hoffnungen auf eine Emanzipation, die vornehmlich von außen hereingetragen wird. Bei anderen schlagen enttäuschte Erwartungen in Resignation und das Empfinden um, Menschen zweiter Klasse zu sein. Die Staatsverdrossenheit vieler Bürger Albaniens widerspiegelt sich zudem in Aggressivität und irrationalen zerstörerischen Handlungen.

Im Kosovo und in Makedonien wirkten bis in jüngste Zeit stärkere bindende Faktoren im gemeinsamen Widerstand gegen die dominante serbische bzw. makedonische Staatsgewalt. Aber in dem Maße, wie die Unabhängigkeitsforderungen keine Erfüllung finden, Erwartungen in das Funktionieren des Protektorats enttäuscht werden und die soziale Lage keine Besserung erfährt, wächst auch hier Aggressivität, die sich in Vergeltungsakten nicht nur gegen nichtalbanische Mitbürger, sondern zunehmend auch gegen die KFOR und UNMIK niederschlägt. In Makedonien wirkte sich die Infiltration demobilisierter UÇK-Kämpfer destabilisierend aus und rief gefährliche Reibungen zwischen Albanern und Makedoniern hervor.

Die Erwartung von Politikern – insbesondere aus dem Kosovo –, die nationale Frage zur „Lebensfrage“ aller Albaner zu machen, erfordert, zwischen individuellen und Gruppeninteressen zu unterscheiden. Letztere knüpfen am Ideal des Albanertums (Shqiptarizmi) an, das auf die Bewegung der Nationalen Wiedergeburt zurückgeht. Es hat aber den Anschein, dass dieser die albanische Ethnie bindende Begriff unter den heutigen Bedingungen an Wirkung eingebüßt hat und am ehesten von extremistischen Kräften bedient wird.

In Abgrenzung von der fernen und nahen Vergangenheit werden Positionen sichtbar, wo der Wunsch („Geist und Herz im Westen“) mit den faktischen Gegebenheiten („Körper und Kopf im Osten“) kollidiert. Zum einen ist es die Verhaftung in einem geopolitischen und geokulturellen Raum zwischen Ost und West, aus dem man sich nicht deklarativ verabschieden kann, und zum anderen sind es die mentalen Prägungen mit allen ihren Attributen, die nicht allein mit Erscheinungen des „Orientalismus“ oder „Byzantinismus“ umrissen werden können.

Der albanische Publizist und Politologe Fatos Lubonja konstatiert, dass „Albanien traditionell unter dem Einfluß von drei Zivilisationen stand, der türkisch-muslimischen, der slawo-orthodoxen und der westeuropäischen. Aber wenn wir berücksichtigen, dass zwei Drittel der Zeit, in der es als unabhängiger Staat bestand, diese Zivilisationseinflüsse durch die marxistisch-leninistische Ideologie ersetzt waren, die eine Identität begründete, die heute als verloren gelten muss, dann kommen wir

nicht umhin einzugestehen, dass wir nach dem Kollaps des Kommunismus und seiner Identifikationssymbole eine starke Identitätskrise durchlaufen.“<sup>24</sup>

Die individuelle Sicht der Albaner ergibt sich heute weniger aus dem politischen und nationalen Bekenntnis als vielmehr aus ihrer sozialen Lage, ihren faktischen Lebensumständen. Nicht anders ist der Massenexodus Hunderttausender Albaner ins Ausland zu verstehen. Den insbesondere in der kommunistischen Ära anerzogenen gesteigerten Nationalstolz in der (gewollten) Distanz zu allem Fremden schütteln diese Menschen rasch ab, wenn sie nur einigermaßen bessere Lebensbedingungen erhalten. Jahrzehntelange Bunkermentalität und extreme Armut in Albanien haben die Psyche der Menschen beschädigt, und sie können heute in der Welt mit ihrem Albanertum wenig anfangen. Der albanische Journalist Mehmet Elezi räumt ein, dass „die Menschen mit ihren versiegten Energien, ihrer Mühe um das tägliche Brot, weder Zeit noch Kraft haben, an die großen nationalen Werte zu denken. In Gedanken idealisieren sie alles Westliche und unterschätzen alles Nationale. Sie handeln instinktiv so, als ob das Schlechte aus dem albanischen Wesen herrühre.“<sup>25</sup>

Aufschlussreich erscheint das Bekenntnis eines Jugendlichen aus Tirana auf die Frage nach einer Vereinigung mit dem Kosovo: „Erschöpft von den Mühen des Tages, würde ich zunächst einer Beantwortung ausweichen. Als Materialist würde ich mich im übrigen fragen, was mir dies bringen könnte, und faktisch wäre das wenig. Wäre ich ein Nationalist, würde ich mich an der Ansicht der Landkarte erfreuen, ergänzt durch das Gefühl, einer großen Nation anzugehören. Eine große Nation ersteht aber nicht durch ihren Lebensraum, sondern durch ihre Menschen. Wäre ich ein Idealist, würde ich mir den Kopf zerbrechen, welches die Bedingungen für das Zustandekommen von Supernationen sind, die in der Geschichte auch immer ihren Superverfall erlitten ... Deshalb denke ich, dass die Frage der Vereinigung nichts ist, was uns, insbesondere die junge Generation, stark beschäftigt.“<sup>26</sup>

Nationalismus im Sinne der Annexion fremden Territoriums war unter den Albanern nicht verbreitet. In den letzten Jahrzehnten bildete sich jedoch ein Ethnozentrismus heraus, der das friedliche Zusammenleben der Albaner als einem nichtslawischen Volk mit den Serben geradezu ausschließt. Dabei wird vergessen gemacht, dass die Balkanvölker in ihrer unterschiedlichen geschichtlichen Prägung durchaus auf längere Perioden friedlichen Zusammenlebens zurückblicken können und nicht nur gegeneinander existierten. Das war so in der fernen Vergangenheit, im gemeinsamen Kampf zum Schutze des Christentums gegen die einfallenden osmanischen Heere, und auch im Widerstand gegen die Okkupation des Balkans im Zweiten Weltkrieg standen jugoslawische und albanische Partisanen in einer Front.

Hinzu kommen Aversionen der Albaner des Mutterlandes und des Kosovo und Makedoniens untereinander. Dies ist eine Folge von jahrzehntelanger Trennung und

<sup>24</sup> Lubonja, Fatos in unabhängiger Zeitung 'Koha Jonë', 1.10.95 (alban.).

<sup>25</sup> Vgl. Rilindja Demokratike, 14.1.95 (alban.).

<sup>26</sup> Aus der Wochenzeitung Apolitika 4/94, (alban.).

daraus erwachsendem Sozialneid. An die unterschiedliche Entwicklung in den letzten 50 Jahren erinnernd, in der sich die Kosovo-Albaner ein idealistisches Bild von Albanien ausgemalt hatten, während die in hermetischer Abschottung lebenden Albaner des Mutterlandes danach strebten, ihre Isolierung zu durchbrechen, konstatiert Fatos Lubonja: „Die zwei Arten Albaner trafen sich nach 1990 zum ersten Mal in Europa nach dem Massenexodus und begannen sich zu streiten – sowohl im Ausland wie auch in Albanien ... Es erwies sich, dass die Albaner eher bereit sind, sich den Italienern, Deutschen oder Amerikanern anzudienen, als sich den Kosovaren unterzuordnen.“<sup>27</sup>

Gegenseitige Geringschätzung und Schuldzuweisung für das schlechte Image „der Albaner“ im Ausland verstärken die Differenz. Ibrahim Rugova etwa betonte, dass sich „im Licht der Traditionen, der Kultur und Mentalität der Kosovo sehr von Albanien unterscheidet. Wenn man sich umblickt, sieht man, dass die Menschen hier die Ärmel hochgekrempelt haben, um ihre Häuser wieder aufzubauen, und nicht auf Hilfe von außen gewartet haben. Es besteht ein außerordentlich dichtes Netz familiärer Solidarität. Unsere Emigranten in Deutschland und in der Schweiz überweisen auch weiterhin ihre Ersparnisse zum Wohle unseres Landes in den Kosovo. Wir sind arbeitsame und friedliebende Menschen.“<sup>28</sup>

## Ein vorläufiges Fazit für Albanien

1. Albanien möchte sich international stärker als Sachwalter gesamtalbanischer Interessen profilieren (Initiativen in der UNO, in anderen internationalen Organisationen sowie in den bilateralen Staatenbeziehungen). Jahrzehntelange Isolierung wich dem Wunsch nach uneingeschränkter Einbindung in die euroatlantischen Strukturen. Die aufgestaute Bedrohungsperzeption durch Serbien hat deutlich an Gewicht verloren. In der Frage eines Zusammenschlusses aller Albaner in einen Staat setzt das offizielle Tirana auf ferne Lösungen in einem integrierten Europa ohne trennende Grenzen.
2. Radikale albanische Kräfte fühlen sich durch die im und um den Kosovo entstandene Lage ermuntert, stärker nationalistische Töne anzuschlagen. Sie desavouieren die offizielle albanische Politik und nutzen unter Verzicht auf demokratische Entwicklungskonzepte die großalbanische Herausforderung als Mittel zum Zweck – der Erhaltung eigener Machtansprüche.
3. Die schrittweise Stabilisierung Albaniens und eine auf gutnachbarliche Beziehungen ausgerichtete Außenpolitik Tiranas, die extremistische Gewaltakte verurteilt und großalbanische Ambitionen verwirft, stärkt das Vertrauen in friedliche Lösungen auf dem Weg des Dialogs. Auch wenn der Schlüssel für Fort-

---

<sup>27</sup> Fatos Lubonja, in: Koha Jonë, 4.6.95 (alban.).

<sup>28</sup> Ibrahim Rugova, Interview für die italienische Zeitung *Avenire*, wiedergegeben in: Koha Ditore, 24.3.2000, (alban.)

schritte nicht in Albanien liegt, so ist ohne dessen Einbeziehung schwerlich voranzukommen. Die Parlamentswahlen vom 24. Juni 2001 markierten einen Schritt voran zu Demokratie und international gestütztem Vertrauen.

4. Albanische Kommunikation über bestehende Grenzen in der Region hinweg kann produktiv sein, wenn dabei die Integrität der jeweiligen Titulnation nicht in Frage gestellt wird und demokratisch-soziale Inhalte vor ethnischen Bindungen rangieren.  
Ansätze dafür bieten sowohl die offizielle Politik Tiranas als auch gemäßigte albanische Politiker im Kosovo und in Makedonien.
5. Die albanische Frage bleibt präsent. Sie wird ihre definitive Antwort nur in einer auf den Normen und Werten der zivilisierten Welt basierenden Politik finden, die ethnisch-romantische Fesseln zugunsten demokratischer, sozialer und multi-kultureller Determinanten zu sprengen vermag. Da eine Wiedereingliederung des Kosovo in Serbien als ausgeschlossen gelten muss, sind neue konzeptionelle Ansätze erforderlich, die über eine innere Befriedung und funktionierende Verwaltungsautonomie Voraussetzungen für die Festlegung des zukünftigen Status schaffen. Die Entwicklungen in der Region müssen in ihrer Gesamtheit betrachtet werden. Das betrifft sowohl Auswirkungen aus einem Erhalt oder Zerfall der Bundesrepublik Jugoslawien als auch Folgen der makedonischen Krise für den Kosovo und umgekehrt.
6. Der Westen ist gefordert, die Integration von Minderheiten in den bestehenden multiethnischen Staaten, deren weitere Demokratisierung sowie die regionale Zusammenarbeit und die Einbindung in europäische Strukturen zu fördern und damit Krisenpotential in der Region abzubauen. Der Stabilitätspakt bietet dafür den geeigneten Rahmen, wenn seine Verheißungen tatsächlich Realität werden.